

## **Für einen neuen Umgang mit Stadträumen Gemeinsame Liegenschaftspolitik von Politik und Zivilgesellschaft**

### **Erste Schritte:**

1. Der Senat stellt interessierten zivilgesellschaftlichen Akteuren die Ergebnisse des Clusterberichts vor. So wird in einem ersten Schritt Transparenz über den Bestand öffentlicher Liegenschaften und ihre mögliche Nutzung hergestellt. Die Zivilgesellschaft kann ihre Fach- und Ortskenntnisse in die Liegenschaftspolitik einbringen, den Clusterbericht kommentieren und öffentliche Liegenschaften identifizieren, bei denen sie Diskussionsbedarf bezüglich ihrer potentiellen Eignungen sieht.
2. Zu ausgewählten Liegenschaften findet ein gemeinsamer Diskurs von Politik und Gesellschaft über die bestmögliche Nutzung nach den unten formulierten Grundsätzen statt. So könnte die praktische Zusammenarbeit zwischen Senat und Zivilgesellschaft erprobt werden.
3. Bei der Nutzungsüberlassung öffentlicher Liegenschaften an gemeinnützige private Akteure gibt es keine einheitliche erprobte Handhabe in Berlin. Der Senat könnte Verträge aus unterschiedlichen Bezirken und der Landesebene zur Diskussion stellen. Gemeinsam könnten Musterverträge entwickelt werden. Profitieren würden Senats- und Bezirksverwaltungen sowie Nutzer.

### **Kontakt:**

Anett Szabó  
Stiftung Zukunft Berlin  
Projektmanagement  
Klingelhöferstraße 7  
10785 Berlin

Tel. +49 30 26 39 229-14  
Fax +49 30 26 39 229-22  
szabo@stiftungzukunftberlin.eu  
www.stiftungzukunftberlin.eu

### **Grundsätze:**

Ungenutzte Immobilien, Freiflächen, unbebaute Grundstücke, Konversionsflächen etc. stellen ein erhebliches Potential und Kapital der Stadt und der Stadtgesellschaft dar. Wer oder was diese Flächen und Gebäude nutzen darf oder sollte wird in der Stadtgesellschaft zumindest an herausragenden Beispielen immer wieder intensiv diskutiert. International laufen Debatten über „Land Management“, „Urban Prosperity“ oder „Commons“. Berlin hat hier mit seinen räumlichen Potenzialen, mit seiner Akteursvielfalt und seiner bisher erbrachten Integrationsleistung die Chance, modellhaft Maßstäbe zu setzen.

Eine wichtige Entscheidung für die Stadt war, vorhandene Räume nicht mehr nur nach ihrem finanziellen Ertragswert, sondern auch nach ihrem langfristigen Mehrwert für die Entwicklung Berlins, also nach ihrer Stadtnützlichkeit, zu entwickeln und zu vergeben. Diese Grundsatzentscheidung verlangt nun jedoch ein Verfahren, das unterschiedliche Bedarfe und Potenziale berücksichtigt und die Nutzung transparent plant.

Die hierbei zu beachtenden Fragestellungen sind komplex und schwierig:

- Welche Nutzungen, welcher konkrete Nutzungsmix hilft den jeweils infrage stehenden Räumen der Stadt am meisten, um ihren (anzustrebenden) optimalen Beitrag zum Gelingen der Gesamtstadt zu erbringen?
- Was verlangt das Interesse der Gesamtstadt im Hinblick auf die konkret anstehende Nutzungsentscheidung?
- Welche Nachfrage, welcher Bedarf „passt“ zu diesem Raum (welche Nachfrage ist es mehr als andere wert, diesen konkreten Raum in Anspruch nehmen zu dürfen)?

Entscheidungen, die getroffen werden, müssen am Ende nicht nur sachlich sinnvoll sein, sie müssen auch öffentlich als gerechtfertigt angesehen werden. Der Verdacht von durchgesetzten singulären Interessen muss vermieden werden.

Berlin hat ein großes und zugleich selbstverständliches Interesse daran, dass diese Fragen unter Nutzung aller in der Stadt erreichbaren Kompetenz beantwortet werden. Nur dann nämlich wird die begrenzte Ressource „Raum“ am effektivsten für die Interessen der Stadt eingesetzt; wird verhindert, dass sie „unter Wert“ behandelt wird und wird die letztliche Entscheidung eine breite Anerkennung erfahren.

Die Unterzeichner plädieren deshalb für eine neue Form der Entscheidungsvorbereitung. Sie hat den Anspruch, sowohl die relevanten Kompetenzen von Verwaltung und Politik wie auch die der Gesellschaft in bestmöglicher Form einzubeziehen:

Entscheidungsvorbereitungen erfolgen durch ein gemeinsames Plenum. Neben Vertretern des Senats, der Bezirke und Mitgliedern des Abgeordnetenhauses sollten Vertreter der gesellschaftlichen Seite (Wohnungswirtschaft, Sport und Freizeit, Kultur, Jugend / Schule / Bildung, Soziales, Wirtschaft, Anwohner-Vertreter, Fachleute der Stadtplanung und Stadtentwicklung, Naturschutz sowie komplexer Nutzungsstrategien) in dem Plenum vertreten sein. An allererster Stelle steht der Aufbau von Vertrauenswürdigkeit der am Diskurs Beteiligten. Zu darauf aufbauendem gegenseitigem Vertrauen kann es nur kommen, wenn miteinander vereinbartes, nachvollziehbares, verbindliches und verlässliches Handeln eingeübt wurde.

Und das anhand von praktisch-pragmatischen Aktivitäten und Umsetzungen. Das Gremium sollte einen unabhängigen außerparlamentarischen Beratungscharakter haben. Die Legitimation erfolgt durch das sich kontinuierliche Versammeln, Diskutieren, transparente Dokumentieren und durch daraus resultierendes Handeln. Alle „Lager“ des gesamtheitlichen gesellschaftlichen Diskurses haben die Chance, Vorschläge zu machen und mitzuwirken.

Zur konkreten Arbeitsweise, Teilnehmer\*innen und Entscheidungsfindungsstruktur, Turnus der Treffen etc. sind Festlegungen noch zu treffen.

Was es sicher braucht, ist ein Ort, einen Ansprechpartner, einen Themenkatalog, ein Programm und eine Kommunikationsplattform.

Bei der Arbeit des Plenums geht es nicht um die Hoffnung auf eindeutige Antworten von „richtig und falsch“. Es steht aber die Aufgabe, alle Kräfte einzusetzen, um jeweils möglichst nah an „richtig“ und möglichst weit entfernt von „falsch“ zu enden. Dass Entscheidungen dann von den öffentlich und privat zuständigen Entscheidungsträgern zu treffen sind, muss dabei unter allen Beteiligten selbstverständlich sein.

Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Berlin e.V.  
Berliner Mieterverein  
Berlin Music Commission eG  
BUND Landesverband Berlin e.V.  
Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.  
Clubcommission Berlin e.V.  
Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.  
DRK Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V.  
EXPERIMENTDAYS, CoHousing | Berlin  
Initiative Stadt Neudenken  
Koalition der freien Szene  
LANDESPORTBUND Berlin e.V.  
Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Berlin e.V.  
Rat für die Künste  
Stiftung Zukunft Berlin

*Berlin, Mai 2017*